

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

94 (23.4.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
Kontokorrentkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Insaletate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gies & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Kultusdebatte im badischen Landtag.

In der Zweiten Kammer haben gestern die Beratungen über das Budget des Kultus- und Unterrichtsministeriums begonnen. In Stelle des durch Amtsgehalt verhinderten Abg. Dietrich erstattete der Abg. Blum den Bericht der Budgetkommission. Herr Blum beschränkte sich auf einige kurze tatsächliche Bemerkungen. Das Zentrum schickte als ersten Redner den Abg. Kopf ins Treffen. Kopf den in den letzten Wochen in der Zentrumspresse geflogenen Erörterungen hätte man annehmen sollen, daß es zwischen dem Zentrum und dem Kultusminister zu recht scharfen Auseinandersetzungen kommen wird. In dieser Beziehung aber brachte die Rede des Abg. Kopf eine Enttäuschung. Herr Kopf schlug im allgemeinen friedliche Töne an. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Klosterfrage. Seit 10 Jahren hat das Zentrum diese Frage ruhen lassen. Daß es sich heute stark genug fühlt, von der Defensiv in die Offensive überzugehen, ist kennzeichnend für die durch die letzten Landtagswahlen geschaffene politische Situation. Das Zentrum fordert jetzt mit Ungehörigkeit die Zulassung der Klöster, es will sich mit unbestimmten Erklärungen nicht mehr abgeben lassen und wird — wie Herr Kopf sagte — unter keinen Umständen eine ablehnende Erklärung der Regierung ruhig hinnehmen.

Merkwürdig, es war nicht zu sagen, wie blutiger Sohn Klug es als Herr Kopf die Zulassung der Klöster vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Staatsbürger forderte. Das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gilt beim Zentrum immer nur dann, wenn es sich um Interessen des Zentrums und der katholischen Kirche handelt. Den Sozialdemokraten gegenüber pfeift das Zentrum auf dieses Prinzip.

Auch für die Jesuiten brach Herr Kopf eine Lanze. Er forderte die gänzliche Aufhebung des Jesuitengesetzes. Mit sehr viel Temperament legte der Zentrumsredner Verwahrung gegen die Auffassung des Ministers ein, daß katholische Geistliche die an den höheren Lehranstalten tätig sind, nicht etatmäßig angestellt werden könnten, so lange sie sich der Jurisdiktion der katholischen Kirche unterwerfen. Herr Kopf erblickt darin eine Verletzung der Verfassung und erhebt deshalb dagegen entschiedenen Protest. Das tat derselbe Herr Kopf, der es ganz in der Ordnung findet, daß Sozialdemokraten, die nebenbei bemerkt, keiner fremden Jurisdiktion unterliegen, als Staatsbeamte nicht zugelassen werden. Ganz überflüssiger Weise verteidigte Herr Kopf wieder den Antimodernisteneid gegen welchen Minister Böhm den Kampf längst aufgegeben hat. Nachdem Herr Kopf eine volle Stunde über die kirchenpolitischen Fragen gesprochen hatte, beschloß er sich kurz mit den Hochschulen. Dabei trat er energisch für den finanziellen Bezug der Städte zu den Kosten der Hochschulen ein.

Mit einer wesentlich kürzeren, dafür aber ausgezeichneten Rede präziserte Genosse Dr. Frank den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Mit Recht charakterisierte er die Rede Kopfs, soweit sie kirchenpolitische Fragen behandelte, als die beste Begründung für die sozialdemokratische Forderung der Trennung von Kirche und Staat. Bei den Streitereien zwischen Staat und Kirche gebe in letzter Linie der Staat immer nach. Diese des Staates unwürdige Zustände können nur durch eine reinliche Scheidung der beiden Gewalten beseitigt werden. Die Beseitigung des Jesuitengesetzes fordert die Sozialdemokratie grundsätzlich, ebenso die Zulassung der Klöster. Mit großem Geschick gepflündete Genosse Dr. Frank den unlogischen und inkonsequenten Standpunkt des Zentrums in der Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Hinsichtlich der Stellung der Regierung gegenüber den badischen freireligiösen Gemeinden sei die Regierung zurückgewichen. Das sei sehr bedauerlich. Gen. Dr. Frank forderte eine präzise Interpretation des Erlasses seitens des Ministers. In welcher Weise die Regierung hinsichtlich der Behandlung der Freireligiösen der Rückwärtserei huldigt, konnte Gen. Dr. Frank an Hand einiger ebenso interessanter als höchst bedauerlicher Beispiele kennzeichnen. So sollen in den Lehrerseminaren keine freireligiösen Kandidaten mehr aufgenommen werden. Freireligiöse werden nur noch in die Lehrerseminare aufgenommen, wenn sie einen Rebers unterzeichnen, wonach sie auf staatliche Anstellung verzichten. Gegen diese reaktionäre Praxis legte Gen. Dr. Frank entschiedenen Protest ein. Sehr energisch vertrat unter Redner die Aufhebung des Schulgeldes und bis zur endgültigen Durchführung dieses Prinzips die Gewährung finanzieller Dotationen seitens des Staates an bedürftige Gemeinden, und besonders auch zur Bestreitung der Kosten der Lehrmittel. Auf dem Gebiete der Hochschulen verteidigten Gen. Dr. Frank die Selbstverwaltung derselben. Er schloß seine Rede mit dem Bunde, daß schon in der Volksschule durch Einfügung geeigneten Lesestoffs in das Lehrbuch der Kampf gegen den Alkoholismus geführt werde.

Herr Rebmann machte zunächst gegenüber Bemerkungen des Abg. Kopf über Folgeerscheinungen des Materialismus auf die mancherlei Reaktionen dagegen aufmerksam.

In warmen Worten gedachte der nationalliberale Redner des vor einigen Wochen erfolgten Rücktritts des früheren Ministerialdirektors Dr. v. Salwürck und des Geh. Rats Oster, der im Oberschulrat und zuletzt im Unterrichtsministerium tätig war. Die Befehung des Postens eines Ministerialdirektors durch einen Juristen hält Herr Rebmann für bedauerlich und hofft, daß diese Stelle der badischen Lehrerschaft nicht endgültig verloren ist. Ueber die kirchenpolitischen Fragen will Herr Rebmann erst bei Beratung des Kultussetats sich auslassen.

Herr Abg. Müller beschränkte sich auf die Erklärung, daß seine Fraktion bei Beratung der Spezialbudgets ihre Stellung zu den einzelnen Fragen präzisieren werde.

Herr Banschach erregte große Heiterkeit, als er sich um die Jesuitenfrage mit der Erklärung herumdrehte, das sei Sache des Reichstags. In der Klosterfrage bekennt sich Herr Banschach selbstverständlich als Gegner der Zulassung von Klöstern, nicht desto weniger will er den Wünschen des größten Teils seiner Wähler Rücksicht tragen. Wie, darüber schwieg Herr Banschach in allen Sprachen.

Minister Böhm bekennt sich als Gegner der Trennung von Staat und Kirche. Er hofft, daß ein erträglicher Modus zwischen den beiden Gewalten gefunden wird. Einer Aufhebung des Jesuitengesetzes kann der Minister nicht zustimmen, er verpricht aber das Gesetz loyal zu handhaben. In der Klosterfrage scheint die Regierung nachgeben zu wollen. Zwar haben Verhandlungen mit der Kurie noch nicht stattgefunden, allein es scheinen solche bevorzustehen. In den kirchlichen politischen Fragen hat die Regierung auf der ganzen Linie den Rückzug angetreten, auch in der Frage der Etablierung geistlicher Lehrer.

Bezüglich der Behandlung der freireligiösen Gemeinden beruft sich der Minister auf das Gesetz. Den Städten werde die Regierung hinsichtlich der Behandlung der freireligiösen Gemeinden nicht in die Fänge fahren. Die Freireligiösen könnten nur auf privatem Wege ihren Unterricht erteilen, in dieser Beziehung würde ihnen auch keinerlei Schwierigkeiten seitens der Regierung bereitet.

Die Generaldebatte wird morgen zu Ende geführt werden, voraussichtlich wird morgen sofort in die Beratung des Hochschuletats eingetreten.

59. Öffentliche Sitzung der zweiten Kammer.

auf. Sie hat dann auf die Ausführungen der Kurie, daß verschiedene Differenzen vorliegen, überhaupt nicht geantwortet. Geantwortet hat in diesem Hause nur Minister v. Dusch. Die Regierung hätte jedoch schriftlich antworten sollen, jedoch sich doch noch ein positives Resultate hätte ergeben können. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß wir jetzt unter keinen Umständen die Sache stillschweigend liegen lassen. Wir werden es nicht dulden, daß die Frage weiter ungelöst bleibt. Es ist dies für uns eine Frage des Rechtes; es ist für uns ein Ehrenpunkt. Wenn ein Männerloster in Freiburg wäre, so könnten die Zuseher auch die theologische Fakultät in Freiburg besuchen. Die Juristen brauchen nur drei Semester lang deutsche Universitäten besuchen; diese Anforderung wäre auch für die Theologen billig. Wenn die Regierung den Willen hat, uns entgegenzukommen, so könnte sie uns auch in der Frage der Vorbildung bei der Klosterfrage entgegenkommen und die Gesetzesfrage dementsprechend regeln. Der Staat hat die Einrichtungen der katholischen Kirche zu übernehmen, so wie sie von jeher sind. Wenn die badische Regierung uns hier nicht entgegenkommt, so erregt sie Erbitterung. Wenn wir in unseren Verammlungen von der Ordensfrage reden, so finden wir mit unsern Anklagen lebhafteste Zustimmung. Man sollte endlich sich im badischen Landtag zur gleichen Haltung entschließen, wie andere Länder, nachdem wir den Kulturkampf schon so lange hinter uns haben. Ich finde es wenig taktvoll, wenn die Vertreter einer anderen Kirche, wie der Evangel. Bund, sich bei dieser innerkirchlichen Frage einmischen. Wir erleben es ja, daß gewisse Vertreter des Evangelischen Bundes wenn sie zusammenkommen, immer von unsern Angelegenheiten sprechen, nicht aber von den ihrigen. Was die Jesuitenfrage betrifft, so haben wir uns hierüber ja schon bei der Finanzdebatte geäußert. Die neueste Interpretation des Bundesrats hierüber verfällt, wie man ruhig sagen kann, dem Fluch der Lächerlichkeit. Diese bedenkliche Interpretation sollte raschmöglichst beseitigt werden. Gerade die süddeutschen Minister sollten hier vorgehen. Nach meiner Meinung sollte jedoch das ganze Jesuitengesetz fallen. Der Reichstag hat sich ja in seiner überwiegenden Mehrheit gegen das Jesuitengesetz ausgesprochen. Ich will auch nochmals auf den Fall in Messelhäusern hinweisen, den früher Abg. Dr. Zehner behandelte. Nach den dort liegenden Verhältnissen hätte man dem Antrag dieser Gemeinde nicht entgegenzutreten sollen. Ich sehe nicht ein, warum die Ordensschwwestern anders behandelt werden sollen, wie dies in Messelhäusern geschah. Es liegt hier nicht an Messelhäusern, sondern es handelt sich für uns um einen grundsätzlichen Fall. Wir verwahren uns dagegen, daß das Prinzip der Simultanschule in solch schroffer Weise gewahrt wird. Wir können es auch nicht ruhig hinnehmen, daß Lehramtspraktikanten, die ihr Examen gemacht haben, vom Schuldienst ausgeschlossen werden, nur weil sie unter der Jurisdiktion der Kirche stehen. Ist unsere Regierung berechtigt, solche Lehrer nach unserer Verfassung anders zu behandeln? Dies bestritte ich. Der vorgekommene Fall legt so, daß ein Geistlicher sich sittliche Vergehen zuschulden kommen ließ und später noch weiter im Lehramt tätig war. Es ist nun rein unverständlich, wie der Minister zu dieser Stellung kam. Ich kann mir dies nur aus einer momentanen Verwirrung des Ministers erklären und ich glaube, daß er seine Ansicht revidiert. Es wurde gesagt, daß die jetzige Stellungnahme mit dem Modernisteneid zusammenhängt. Der Modernisteneid erstreckt sich im wesentlichen auf das Gebiet der Religion; um den weltlichen Unterricht kümmert er sich nicht. In keinem anderen Staat bestehen solche Vorschriften. Mit dem Modernisteneid kann man diese Stellungnahme des Staates nicht erklären. Der Staat hat kein Recht, Religionslehrer vom Unterricht in anderen Fächern fernzuhalten. Mit seiner Haltung setzt sich das Kultusministerium mit der Aueßerung des Staatsministers von Dusch im Jahre 1906 in Widerspruch. Das Vorgehen des Ministers ist ein weiterer Schritt in der Frage der Trennung von Staat und Kirche. Diese bekämpft jedoch der Minister. Er sollte daher seine Haltung in dieser Frage revidieren. Was die Hochschulen betrifft, so sollte eine weitere Steigerung des Aufwandes vermieden werden. Bei den Hochschulen sollte mehr der freie Wettbewerb beachtet werden. In den einheimischen Hochschulen sollten mehr Landesländer als Lehrer mitwirken. Zwischen den Vertretern der verschiedenen Konfessionen besteht bei den Hochschulen in der Anzahl der Professoren ein gewisses Mißverhältnis. Hier sollte eine gewisse Parität geschaffen werden. Es kann der Regierung nicht gleichgültig sein, wenn hier eine Verstimmung des katholischen Volksteils besteht. Man sollte in stärkerem Maße Katholiken als Professoren an den Universitäten beiziehen. Heute besteht ein schreiendes Mißverhältnis. Beachtung verdient auch die große Anzahl ausländischer Studenten, besonders Russen an den Universitäten; was eine starke finanzielle Last für unseren Staat bedeutet. Bei Einführung des vierjährigen Studiums für Theologen müssen die Theologieprofessoren vermehrt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Rede des Abg. Kopf, soweit sie sich mit den Fragen des Kultus befaßt, war die beste Begründung für unsere programmatische Forderung, daß

Staat und Kirche getrennt

werden sollen. Die Streitigkeiten zwischen den beiden historischen Mächten, zwischen Staat und Kirche, die fast bei jeder Budgetberatung hier zum Austrag kommen, zeigen am deutlichsten, daß Staat und Kirche in der historisch gewordenen engen Verbindung beide schlecht gedeihen und daß für beide Teile, für Staat und für Kirche, es das Richtige wäre, wenn sie sich trennten und ihre Angelegenheiten selbständig und unbeeinträchtigt gegenseitig ausführen würden. Wie wird denn die Sache ausgehen? Der neueste Streitpunkt — es wechseln ja nur die Namen bei jeder Budgetberatung — ist die Frage mit dem geistlichen Lehrer. Die Frage wird genau so ausgehen, wie früher der Streit mit dem Modernisteneid und wie mit ähnlichen Dingen: der Staat wird sich der Kirche unterwerfen, er wird zögernd nachgeben. Das ist noch jedesmal, wenn solche Fragen auftauchen, das Endergebnis gewesen. Und wir meinen,

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.

Am Regierungstisch: Kultusminister Dr. Böhm.

Eingänge: Petitionen der Gemeinden des oberen Schlichtales um Errichtung einer Eigenbahnstation in Seeburg; der Mietervereine Heidelberg, Mannheim, Konstanz, Freiburg, Pforzheim in Betreff der Beschaffung zweier Hypotheken mit Gemeindegarantie.

Eingegangen ist ein Schreiben des Ministeriums des Innern mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abg. Welsch u. Gen., die Arbeitslosigkeit betr. — Ferner liegt vor eine Einladung seitens der Spielleitung der Freilichtbühne Dittlingen zu einem Besuche der Vorstellung „Götter von Verlichingen“ im Laufe des Monats Juni.

Zur Tagesordnung steht die

Beratung über den Voranschlag des Kultus und Unterrichts.

Abg. Dr. Blum (natl.) berichtet namens der Budgetkommission. Die Kommission stellt den Antrag zu genehmigen für 2 Jahre in Ausgabe für Titel Ministerium 684 860 M., für außerordentliche Verohnungen 42 060 M., für verschiedene Ausgaben 86 000 M. In der Kommission wurde darüber gefast, daß zu viele Hilfsreferenten vorhanden seien.

Abg. Kopf (Zentr.): Die zur Beratung stehenden Kapitel repräsentieren das geistige und moralische Gebiet. Sie umfassen auch die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Sachlich bestehen über die Notwendigkeiten dieser Titel keine Unterschiede bei den Fraktionen. Die unteren Klassen neigen heute vielfach dem Materialismus zu und bemächtigen sich auch dessen Anschauungen über Religion. Der Staat habe deshalb die Pflicht, die religiösen Gemeinschaften im Kampfe hergegen zu unterstützen. Wir haben es deshalb begrüßt, daß der Minister in verschiedenen Reden hier seine Unterstützung zugesagt. Gewisse Meinungen lassen sich allerdings nie vermeiden. Wir haben jedoch den Wunsch, daß diese Gegenstände durch gemeinsame Arbeiten überbrückt werden. Die Trennung von Staat und Kirche führt nicht zur Freiheit, sondern zur Verdrängung der Kirche. Dieses Ziel lockt uns aber nicht. Wir sind dem Minister dankbar, daß er gegen den freireligiösen Religionsunterricht einen Weg gefunden hat, den wir für richtig halten. Die freireligiöse Anschauung beruht auf rein negativer Grundlage. Der Staat muß sehen, daß hier keine Tendenzen großgezogen werden, die den Staat schädigen. Was die Klosterfrage betrifft, so ist dies eine von jeher bestehende Einrichtung der katholischen Kirche. Die Frage der Notwendigkeit muß daher von kirchlichen Organen gelöst werden. In den 90er Jahren sprach sich das Haus in der Mehrheit für die Zulassung aus. Die Regierung erteilte jedoch den Wunsch nicht, für den sich auch die Sozialdemokratie und die Volkspartei aussprachen. Die Regierung warf verschiedene Fragen über die Ausbildung

in der Nacht des Ordinariats, hier eine Einigung mit uns zu erzielen. Ich will klare Verhältnisse haben und hoffe auf eine Verständigung mit der Kurie. Bis jetzt hat kein Geistlicher unter dem Zustand gelitten; nach wie vor sind Professoren ernannt worden. Die Staatsbehörde muß jedoch gewahrt werden. In der Stellung der Freireligiösen hat das Ministerium immer den gleichen Standpunkt eingenommen. Durch die Schulbehörden ist hier jedoch eine kleine Änderung vorgenommen worden. Bezüglich der Religionsunterrichtsverteilung ist dies nur den Israeliten außer den christlichen Kirchen gewährleistet. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf die Freireligiösen Gemeinden. Die Freireligiöse Gemeinde in Mannheim hat zwar Korporationsrechte und das Recht der öffentlichen Gottesverehrung. Sie ist in dieser Hinsicht anerkannt. Sie hat aber nicht das Recht auf Erteilung des Religionsunterrichts. Die Regierung will jedoch die von der Gemeinde Mannheim gegenüber der Freireligiösen Gemeinde gewährten Rechte nicht beschränken. Es sind hieran allerdings gewisse Verpflichtungen gebunden, daß die Rollen im Zeugnis der Kinder erscheinen. Die badische Unterrichtsverwaltung hat die Freireligiösen in ihrer Entwicklung nicht gehindert. Aber es ist zu berücksichtigen, daß das Vorgehen des Stadtrates in Freiburg die Neutralität verletzte. Wie bekämpfen die Freireligiösen nicht; verweisen sie jedoch auf den privaten Unterricht. Unser Hochschullehrer steht als Muster im Reich da. Es ist richtig, daß die Handels-Hochschule in Mannheim von Mannheim bestritten wird. Es ist jedoch richtig, daß der Staat von Anfang an betonte, daß er eine Unterstützung nicht gewähren könnte. Die Hochschule, die nun seit 1882 besteht und sich große Verdienste erworben, kann von der Regierung nicht leichtfertig aufgehoben werden. Ich möchte dringend abraten, in jetziger Zeit die Hochschule aufzuheben. Ich will durchaus nicht verkennen, daß auch in Fakultäten Menschlichkeiten vorkommen. Aber gegen den Vorwurf von Klientelwesen, oder Bevorzugung irgend einer Konfession möchte ich entschieden in Schutz nehmen. Ich möchte nochmals betonen, daß ich in den allerwenigsten Fällen weiß, welcher Konfession ein Professor war und was für ein Landeskind er ist. Es kann einzig und allein die Tüchtigkeit in Frage kommen. Im übrigen ist in allerletzter Zeit ein starker Andrang von Katholiken zum Studium zu verzeichnen, so daß in einigen Jahren genügend Bewerber vorhanden sind. Zudem wurde auf der letzten Tagung der Göttinger Gesellschaft in Freiburg betont, daß zurzeit nicht genügend katholische Kandidaten vorhanden sind. Wegen der Ausländerfrage in den Universitäten sind verschiedene beschränkende Verfügungen erlassen worden. Teilweise entstehen uns durch den Besuch der Ausländer keine besonderen Kosten. Selbstverständlich dürfen hierdurch die Einheimischen nicht benachteiligt werden. Daß die Ausstattung des neuen Volksschulbuches eine arbeitsame ist, kann ich nicht zugeben. Den Ausführungen der verschiedenen Redner gegen den Alkohol kann ich nur zustimmen. Die Ausführungen des Hg. Neumann über Ministerialdirektor v. Sallwürd und Ministerialrat Dr. Oster haben mich gefreut. Ich kann mich den Dantesworten nur anschließen.

Präsident Mohrhut teilt mit, daß ein Antrag Muser (Hochsch.) und Genossen betr. Zusatz zu Abs. 2 § 40 des Schulgesetzes einging (siehe unten).

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittags 10 Uhr.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Dem Landtag ist ein Antrag Muser (H. Sp.) u. Gen. zugegangen: Die Regierung wird ersucht, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen mit folgendem Zusatz zu Abs. 2 § 40 des Schulgesetzes: Der Lehrer hat aber jederzeit das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts, weil seiner persönlichen Überzeugung widersprechend, abzulehnen. Eine solche Ablehnung ist ohne jeden Einfluß auf die Benutzbarkeit des Unterrichtens in weltlichen Fächern.

Wie man die Bureaucratie betrügt.

Von der Wiege bis zur Bahre wird der Preuze vom Schuttmann begleitet. Sein Eintritt ins Leben wird polizeilich registriert und nicht minder sein Abschied aus diesem irdischen Jammertal. Dazwischen liegen unzählige An- und Abmeldungen und von jedem einigermaßen wichtigen Ereignis, das sich im Dasein des Untertanen abspielt, nimmt die Behörde entsprechend Vermerk. Ihrem scharfen Auge entgeht nichts. Alles steht in ihren Akten, und ergibt sich einmal ein Zweifel, so stellt sie intensive Nachforschungen an, beordert den, in dessen Papieren nicht alles vollkommen in Ordnung ist, ein Duzend Mal auf das Polizeiamt und nimmt ihn bis zur befriedigenden Lösung aller strittigen Fragen unter ihre ganz besondere Kontrolle.

Preußen ist eben ein Staat, in dem Ordnung herrscht, in dem alles nach der Regel geht, in dem einwandfreie Ausweispapiere und Zeugnisse die wichtigsten Requiriten des Bürgers sind und die wesentlichen Vorbedingungen für die ruhige und unge störte Abwicklung seines Lebens bilden.

Umso schmerzlicher muß es berühren, daß in einer so wohlgeordneten Monarchie gelegentlich Dinge vorkommen können, wie sie eigentlich nur in Republiken oder in anderen zweifelhaften Gemeinwesen passieren dürften. So wie jetzt die Geschichte mit dem zweiten Bürgermeister von Köslin, den man am Dienstag in Berlin verhaftet hat.

Ein Bureau-Assistent bei der Kreisparafasse von Nieder-Barnim wird wegen Unterschlagungen zu 400 Tagen Gefängnis verurteilt. Vor völliger Abbüßung seiner Strafe wird er vorübergehend entlassen, ist dann aber nicht mehr aufzufinden. Er hat sich die Papiere eines Assessors verschafft und eine Stellung bei der Stadtverwaltung in Weitzenfels gefunden. Von dort geht er als Hilfsassessor zum Magistrat in Bromberg, der seine Papiere feiner genaue Prüfung unterzieht, „da es sich nur um eine Hilfsarbeiterstelle handelt“. Er verlobt sich dort mit der Tochter eines hohen und begüterten Staatsbeamten und diese guten Beziehungen verhelfen ihm dazu, daß er unter 700 Bewerbern für die Stelle eines zweiten Bürgermeisters in Köslin ausersuchen wird. Hätte er dort nicht die unglückliche Dummheit begangen, eine Geldforderung, die eine frühere Geliebte an ihn stellte, mit Drohungen zu beantworten, durch die der Staatsanwalt auf ihn aufmerksam wurde, so würden wir ihn sicher in einiger Zeit an der Spitze einer größeren Stadt haben begrüßen können.

Man kann dem Ganner, der die königlich preussische Bureaucratie so hübsch hinter das Licht geführt hat, etwas von der lächelnden Sympathie entgegenbringen, die dem Hauptmann von Köpenick in so reichem Maße zu teil wurde. Sein Fall beweist aufs neue, daß jemand, der die Freizügigkeit besitzt, in die Gülle eines Angehörigen der höheren Kreise, eines Offiziers oder eines Juristen zu kriechen, den Nachschüfflungen und Verfolgungen am ehesten entgeht. Vor einem Hauptmann oder einem Assessor hat eben jedermann in Preußen einen solchen Respekt, daß er von dem bürokratischen Prüfungsapparat verschont bleibt, der im wesentlichen nur die Angehörigen weniger bevorzugter Schichten ergreift und besonders auf diejenigen eingestellt ist, die irgendwie in dem Verdacht einer bedenklichen politischen Gesinnung stehen.

Deutsche Politik.

Das „große Reinemachen“ bei der Kölner Polizei.

Nach dem Kölner Polizeiprozess ist bekanntlich das Kölner Polizeipräsidium durch Ministerialkommissare und einen Polizeimajor revidiert worden. Präsident v. Wegmann hat inzwischen seinen Abschied genommen; jetzt wird nun noch polizeioffiziell mitgeteilt, wie man die Verfehlungen seiner Untergebenen zu „säubern“ gedenkt. Zunächst sind gegen mehrere Polizeikommissare — es handelt sich hier vor allem um die Empfänger der Frühstückskörbchen — wegen schwerer dienstlicher Verfehlungen in ihrer amtlichen Tätigkeit empfindliche Geldstrafen verhängt worden; im Interesse des Dienstes sollen sie ferner sämtlich verlegt werden. Die Kriminal-Untersuchungsbeamten, die vor Gericht behaupteten, bei ihren geringen Vigilantengeldern auf Geschenke angewiesen zu sein, sind „in Verhinderung gewisser mildernder Umstände“ mit einem disziplinarischen Verweis bestraft worden. Dagegen nimmt das förmliche Disziplinarverfahren gegen die am schwersten belasteten Polizeieinspektoren Kaatz, Wotich, Sandhölzl und Eiben seinen Fortgang, nachdem die gerichtliche Untersuchung damit geendet hat, daß sie sämtlich außer Verfolgung gesetzt wurden! Durch allerhand Reformmaßnahmen gibt man sich der Hoffnung hin, daß in Zukunft derartige Verfehlungen nicht mehr vorkommen werden.

Es kommt sehr überraschend, daß das Strafverfahren gegen die vier Inspektoren eingestellt worden ist; die Verhandlung gegen den Genossen Sollowmann hat wahrlich genügend Verweis dafür geliefert, daß die passiven Verfehlungen die Amtshandlungen jener Herren keineswegs beeinflussen ließen. Allerdings hätte die Staatsanwaltschaft mit einer Anklage einen recht schweren Stand gehabt, denn in der Verhandlung gegen Sollowmann ließ ihr Vertreter die Vergehen jener Herren in denkbar mildestem Lichte erscheinen und sprach von der besonderen Stimmung im „alten, fröhlichen Köln“. Ja, es scheint, daß auch die disziplinarischen Strafen nicht allzu scharf ausfallen werden. Der jetzige Inspektor Kaatz wird von Hannover nach Breslau versetzt. Inspektor Wotich hingegen wird pensioniert. Der neue Kölner Polizeipräsident v. Glanap hat am Montag sein Amt angetreten. Die christlich-soziale Presse sagt ihm übrigens nach, er sei ein Anhänger der „alten Stöderischen Richtung“.

Reiche Kirchenfürsten.

Kardinal Ropp hat, wie sich bei Eröffnung des Testaments ergab, ein Privatvermögen von 7 Millionen Mark hinterlassen. Als Universalerbe ist das Breslauer Domkapitel eingesetzt, außerdem erhalten die Beamten des Domkapitels, sowie die Mitglieder des Domchors Legate im Betrage von 300 bis 500 Mk. Durch diese Zuwendungen soll etwa eine Million von der Erbschaft abgehen. Die katholische Kirche darf aber immer noch mit dem „Sparfuss“ und dem Erwerbserfolg des Kardinals Ropp zufrieden sein. Ropp war, bevor er den Geistlichen-Veruf ergriff, Telegraphen-Gehilfe und wie die katholische Presse bei seinem Tode rühmte, hat er sich aus verhältnismäßig ärmlichen Verhältnissen bis zum Kardinal hinaufgearbeitet. Ererbte er denn doch diese 7 Millionen nicht. Sie sind der Ertrag seiner Geistlichen-Tätigkeit. Wieviel weiter haben es doch die Gottesdiener der heutigen Zeit gebracht als Christus, dem sie dienen wollen, und der nach der biblischen Erzählung nichts hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte.

Ob wohl die Zentrumspresse, die sich monatlang unter frecher Vergeßlichkeit der Wahrheit mit der Hinterlassenschaft Vebels beschäftigte, nun auch Betrachtungen über die 7 Millionen Hinterlassenschaft des Kardinals Ropp anstellt?

Zeugnis-Zwangsverfahren.

Von dem Braunschweiger Antikörper Brandes wurde gelegentlich einer Vernehmung im Vorverfahren Genosse Bunge zu 100 Mk. Geldstrafe oder 8 Tage Haft verurteilt. In den letzten Wahlrechtsverhandlungen in Braunschweig waren Zettel verteilt worden, in denen zu einem Demonstrationzuge aufgefördert wurde. Die Polizei will nun gegen einige Genossen wegen Verbreitung der Zettel und Veranstaltung der Züge, bei denen die Polizei schachtmatt gesetzt wurde, vorgehen. Sie weiß jedoch nicht, wer die „Missetäter“ sind. Und in dem deswegen eingeleiteten Ermittlungsverfahren sollen Arbeiter durch das Zeugnis-Zwangsverfahren gezwungen werden, der Polizei Dienste zu leisten. Wer nur irgendwie im Vordergrund der Arbeiterbewegung steht, wird gerichtlich vernommen. Genosse Bunge ist Kassierer der Orts-Parteiorganisation; von dem Zeugnis-Zwangsverfahren gegen ihn erhofft die Behörde die Enthüllung des Zettelgeheimnisses. Wegen seine Verurteilung ist Beschwerde erhoben worden.

Nationalliberale und Konservative.

Seit einiger Zeit streiten sich Konservative und Nationalliberale darüber, wer die Schuld an dem Zerfall des Willoblocks trägt. Der bei dem Zerfall des Blocks aus der nationalliberalen Partei emigrierte frühere Abgeordnete für Jena, Lehmann, ein mehr nasenweiser als beachtenswerter Politiker, war rasch mit der Erzählung bei der Hand, daß die Schuld an Hoffmann und Dr. Wiemer von der fortschrittlichen Volkspartei gelegen habe. Der Führer der Konservativen, v. Normann, habe eines Tages zu positiver Arbeit gemahnt, und daraufhin habe Hoffmann sofort eine nationalliberale Fraktionsführung anberaumt und dort erklärt, die Konservativen hätten den Block gekündigt.

In der Zwischenzeit hat bereits Dr. Wiemer die Erklärung abgegeben, daß er mit der Sache gar nichts zu tun gehabt, v. Normann auch mit ihm nicht gesprochen habe. Jetzt stellt die „Nationalliberale Korrespondenz“ fest, daß auch die Hoffmann betreffende Mitteilung des Herrn Lehmann von Jena nicht stimmt. Hoffmann habe bei jener Aussprache mit dem konservativen Führer ausdrücklich gefragt, ob seine Worte als Kündigung des Blocks aufzufassen seien. Darauf habe v. Normann eine Verlegenheitswendung gebraucht, die für jeden, der sehen und fühlen wollte, deutlich genug gewesen wäre, und dann erst hätten die Nationalliberalen die Blockkündigung durch die Konservativen als Faktum betrachtet.

Der ganze Streit ist heute höchst gleichgültig. Angehts der Sammlungsbestrebungen, die von den Nationalliberalen und von einigen Konservativen mit Eifer getrieben werden, schadet es aber nicht, auch diesen Beitrag zur Geschichte des Willoblocks zu registrieren.

Badische Politik.

Der Kaplan als Störer des Gemeindefriedens.

Das Zentrumsblatt in Donaueschingen, der „Donaubote“, wird von einem katholischen Geistlichen, dem Kaplan Dr. Bauer, redigiert. Wie dieser Herr in seinem Blatt arbeitet, ist aus folgender Erklärung zu ersehen, die der Bürgermeister dieser Lage veröffentlicht hat: „Der Bericht des „Donauboten“ über die Bürgerausschüsse vom 16. April enthält eine Reihe Unrichtigkeiten und Entstellungen des Ganges der Sitzung und der erörterten Fragen. Da ich von jeher bestritten habe, daß die politischen Blätter, insbesondere der „Donaubote“, das zuständige Forum sind, vor denen unsere Gemeindepolitik zu rechtfertigen ist, muß ich es mir auch im vorliegenden Fall verjagen, die Deffektivität mit den Einzelheiten zu befragen, so sehr es an der Zeit wäre, dem Treiben des Berichterstatters des „Donauboten“ einmal den richtigen Namen zu geben. Ich verahre mich nur in aller Form gegen die unberechtigten und teilweise demütigenden Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung, und erkläre die seit Jahren zu beobachtende tendenziöse Berichterstattung des Herrn Dr. Bauer als eine dem Gemeindefrieden störende und die Autorität untergrabende. Friedrich Schön, Bürgermeister.“ Das ist also die Partei, die angeblich für den „Frieden“ und die „Autorität“ eintritt.

Der Kampf des Zentrums gegen die Quertreiber.

Gegen die „Integralen“ regt der „Bad. Beobachter“ eine Kundgebung des gesamten badischen Zentrums an. Das Blatt meint, der Integralismus spiele in Baden zwar keine erhebliche Rolle, aber immerhin könne eine Kundgebung ähnlich der in Essen usw. abgehaltenen nichts schaden. Man scheint also doch die weitere Ausdehnung des Integralismus in Baden zu fürchten, denn gegen „einzelne Personen“ eine große Kundgebung zu veranstalten, hieße mit Kanonen nach Spagen schießen, was man in der Regel bekanntlich nicht zu tun pflegt.

Wie die Stimmung im Zentrumslager gegen die „Integralen“ ist, zeigt übrigens eine Zuschrift, die der „Bad. Beobachter“ heute veröffentlicht, und in der es heißt: „Hinaus mit jedem Quertreiber, wer er auch sei, und löse es, was es wolle! Das muß jetzt nicht nur gesagt, es muß jetzt ausgeführt werden durch die Tat, und zwar ohne Verzug! Kreuz zu unserm Bader!“ Wenn eine andere Partei in diesem Tone von ihren Parteigenossen sprechen würde, hui, wie würde sich do die Waldmischelpresse entriisten!

Ordinariat und freireligiöse Bewegung.

Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg kommt Herrn Kultusminister Böhm zu Hilfe. Es hat eine 112 S. starke Schrift (Preis 40 Pf.) ausarbeiten lassen, in welcher der Nachweis zu führen gesucht wird, „daß die Freireligiösen keinerlei staatliche Unterstützung empfangen dürfen“. Daß der katholischen Kirche durch die Dotation außer den sonstigen staatlichen Zuwendungen mehr als 300 000 Mark zufließen, beruht das Ordinariat nicht im mindesten. Gerechtigkeit über alles! Die angekündigte Schrift enthält die folgenden Kapitel, woraus man ihren Inhalt leicht erraten kann: Vorbemerkung. — Das jetzige tatsächliche Verhältnis der Freireligiösen zur Schule in Baden. — Die rechtliche Stellung der religiösen Gemeinschaften in Baden im Staat und in der Schule. — „Religion“ und „Sittlichkeit“ der Freireligiösen. — Die Freireligiösen vor dem Gesetz: 1. Religiöses Bekenntnis der Freireligiösen; 2. Gemeinsames Bekenntnis; 3. Das „Bekenntnis“ der Freireligiösen und die Sittlichkeit; 4. Gemeinsame Gottesverehrung; 5. Verfassung; 6. Gewissensfreiheit. — Dissidentenfürder. — Gutachten der katholischen Kirchenbehörde.

Die Erbauung einer Nebenbahn von Linzheim nach Kufheim.

Der heute der Zweiten Kammer zugegangene Gesetzentwurf über die Vervollständigung des Staatsbahnnetzes enthält neben dem Projekt der Reichsbahn die Erbauung einer Nebenbahn von Linzheim nach Hochstetten, Niedolsheim bis Kufheim. In der Begründung zu dem Bahnprojekt wird u. a. ausgeführt, daß eine gute Verbindung mit Karlsruhe für die Bewohner der in Frage kommenden Gemeinden von besonderer Bedeutung ist. Die Bahn beginnt in der Station Linzheim und endigt bei Kufheim. Als Zwischenstationen der 6 Kilometer langen Bahn sind die Orte Hochstetten und Niedolsheim vorgesehen, die für Personen- und Güterverkehr eingerichtet werden. Die Baukosten sind auf 610 000 Mk. berechnet. Die größte Steigung der Bahn ist 1:100. Die neue Strecke dient ausschließlich dem Verkehr der drei zum Amtsbezirk Karlsruhe gehörigen Orte Hochstetten, Niedolsheim und Kufheim. Der Güterverkehr der drei Orte ist verhältnismäßig umfangreich und dürfte sich nach der Eröffnung der Bahn noch steigern. Nach den Berechnungen der Staatsbahnverwaltung übersteigen die jährlichen Betriebskosten die vermuthlichen jährlichen Einnahmen der Bahn um 18 000 Mark. Wenn gleich, so wird in dem Projektentwurf gesagt, auch durch die wahrscheinliche Verkehrsentwicklung, welche die Bahn mit sich bringen wird, eine allmähliche Minderung des ungedeckten Aufwandes der Staatsbahnverwaltung zu erwarten ist, muß doch mit einem nicht unerheblichen dauernden Ausfall gerechnet werden. Immerhin erscheint dieses Dvier im Interesse der betreffenden Gemeinden vertretbar.

Aus der Partei.

Bildungsausschuss. Erfreulicherweise stellte der Zentral-Bildungsausschuss in Berlin dem Sekretariatsbezirk Mittel-

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 9 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der erste Mai und die Jugend.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

Karlsruhe, 22. April. Unter sehr großem Andrang des Publikums begann heute Vormittag halb 10 Uhr die Verhandlung gegen den am 13. Dezember 1883 zu Dresden geborenen Maler und Modell-

Kommunalpolitik.

Städtische Regie über Gesellschaft? Der Stadtrat von Mannheim hatte in der Frage, was vorteilhafter sei: Selbst-

Gewerkschaftliches.

Scharfmachereien gegen die Maifeier. Der Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe,

Schwindelbürgermeister Thormann. Berlin, 22. April. Heinrich Thormann, der gestern in Berlin verhaftete zweite Bürgermeister von Köslin, wurde heute

Neues vom Tage.

Einbruchsdiebstahl. Berlin, 21. April. In der vergangenen Nacht wurde am Bahnhofplatz ein großer Einbruchsdiebstahl ausgeführt.

Revision der Gräfin. Leipzig, 21. April. Vor dem Reichsgericht fand heute die Revisionsverhandlung in dem Prozeß gegen die Gräfin Treu-

Die falsche Gräfin. Innsbruck, 21. April. In Bozen hat eine Angestellte eines dortigen Geschäfts, welche sich Gräfin Clermont nannte und für

Zusammenstoß eines deutschen Ingenieurs mit türkischen Arbeitern. Paris, 21. April. Der Korrespondent des 'Temps' berichtet in einer Art, die an deutschfeindlicher Tendenz nichts zu

Der Angeklagte Kaiser ist in Mann mit guter Bildung und Erziehung; er hat hier ein gutes Dekorationmalergeschäft mit einem guten Einkommen. Verhaftet ist er seitlich nicht bezw. sehr unbedeutend.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* Vorstandswahl in der Ortstrankenkasse. Die 12 Vorstandsmitglieder der Ortstrankenkasse sollen am Sonntag, den 10. Mai in einer Ausschussung gewählt werden.

* Ein Hochreservoir soll im Gernann Holzmann beim alten Unterwiesheimer Weg gebaut werden. Diese Wasserwerkung käme auf 100 000 Mk. Dadurch wird es ermöglicht, die Gebäulichkeiten in den höheren Lagen mit genügend Wasser zu versorgen.

Offenburg.

* Sozialdemokratischer Verein. Nächsten Samstag, den 25. April, abends 1/9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anter“ die Generalversammlung statt.

* Gernsbach, 22. April. Zwei Kinder spielten hier und frohen unter einem mit Röhren bespannten Wagen. In dem Moment, als der 5 1/2 Jahre alte Fritz Steiner seinen Kopf unter den Rad hatte, zogen die Tiere an und das Rad ging dem Kinde über den Kopf, sodaß der Tod sofort eintrat.

* Forbach, 22. April. Ein 40jähriger Chemann, Vater von sechs Kindern aus Scheuern, verging sich an einem vierjährigen Mädchen. Der Mord wurde gestern nachmittag verhaftet und in das Amtsgefängnis zu Gernsbach eingeliefert.

* Mannheim, 22. April. Heute nacht brach im Stadtwalde bei Waldhof vermutlich durch einen weggeworfenen Zigarrenstummel ein Waldbrand aus. In einem Umkreise von einem Quadratmeter verbrannten Bäume und Sträucher. Das Feuer konnte schließlich von der Feuerwehr gelöscht werden.

* Weisbach, 22. April. Auf dem Rhein kam es zu einem Schiffsunfall. In einem zu Tal fahrenden Dampfer „Kendel 3“ rissen die Drahtseile und die beiden schwerbeladenen Anhängeschiffe rannten gegen den elsässischen Uferbau. Dieser und die Schiffe wurden erheblich beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 23. April.

Die Maiseier

Der Karlsruher Arbeiterschaft wird in diesem Jahre in zwei Lokalen abgehalten und zwar am Freitag, 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Sälen des „Apollo“, Marienstrasse, und des „Kühlen Krug“. Zur Abwechslung kommt in beiden Veranstaltungen ein gediegenes und auch unterhaltenes Programm. Neben musikalischen Darbietungen und Vorträgen der Arbeitergesangsvereine sind wieder Vorträge der freien Turnerschaft, die immer großen Anklang finden, vorgesehen. Die Festrede wird im „Apollo“ von Gen. Dr. Kullmann und im „Kühlen Krug“ von Gen. Kolb gehalten. Nach Schluß des Programms ist Tanzunterhaltung.

Die Genossinnen und Genossen seien schon jetzt auf die Maiseier aufmerksam gemacht, es ist aller Pflicht, dafür zu sorgen, daß beide Veranstaltungen einen Massenbesuch aufzuweisen haben, sodaß auch die Jubiläumsmaiseier in Karlsruhe sich zu einer würdigen und nachdrücklichen Demonstration für die Forderungen des Proletariats gestalten.

Der Vorverkauf der Programme beginnt morgen, wir oerweisen auf das in morgiger Nummer erscheinende diesbezügliche Inserat.

Jugendausflug.

Auf die heutige gemeinsame Veranstaltung der Stadt und Mühlburg sei nochmals besonders hingewiesen. Da das Sonnenmann'sche Lied „Jugendweih“ ein Wechselgesang zwischen Alten und Jungen, eingeübt werden soll wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Wir werden im morgigen Unterhaltungsblatt das Lied Sonnenmann's der den Lesern der Arbeiter-Jugend unter dem Schriftstellernamen: Jürgen Brand bekannt ist, zum Abdruck bringen. Die Red.) Die Zusammenkunft findet im Nebenzimmer

der „Nacht am Rhein“, Ecke Ritter- und Gartenstraße, um 8 Uhr statt.

Das Programm zur Schulentlassungsfeier findet infolgedessen eine Ergänzung, als eben dieses schöne Lied noch eingeschaltet wird. Dabei sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Feier am Sonntag nachmittags pünktlich um 4 Uhr im Saale des „Apollo“ beginnen muß, wegen anderweitiger Vergebung des Saales für den Abend. Auch richten wir wieder und immer wieder an die Eltern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, daß ihre Söhne und Töchter sich nur der Jugendbewegung anschließen, die sie ihrem, der Eltern, Denken und Streben nicht entfremdet, was zweifellos in der konfessionellen und staatlichen Jugendbewegung der Fall ist.

* Für den Scherf-Abend, der zum besten der Ferienkolonien für arme, kränkliche Kinder der Männergesangsverein „Concordia“ am Samstag, halb 9 Uhr abends, im großen Festhallsaale veranstaltet, zeigt sich in allen Kreisen der Bürgerchaft ein großes Interesse, was sich in der lebhaften Nachfrage nach Eintrittskarten (zum Preise von 2 Mk. bis 50 Pf. abwärts) kundtut. Da es sich in diesem Falle zugleich darum handelt, für die bedürftigen und kränklichen Kinder unserer Stadt zum Aufenthalt in den Ferienkolonien mit dem Ertrag des Konzertes einen möglichst großen Beitrag zu spenden, so sind diesmal alle persönlichen Eintrittsbegünstigungen auch für die direkt eingeladenen Konzertbesucher aufgehoben, weil sicher niemand mit seinem Scherflein zurückzusehen möchte. Das inzwischen fertiggestellte Programm weist unter den Chorliedern des Vereins, wie unter den Sololiedern und Duetten (Frau Konzertfängerin Paula Meckler und Herrn Hofopernfängerin Frau Meckler), die schönsten Scherflichen Dichtungen in vortrefflichen Vertonungen auf und ebenso hat Herr Hofkapellmeister Baumbach für seine Rezitationen die wirksamsten Gedichte Scherf's, erster und heiterer Art, ausgesucht. Auch das an das Konzert angereihte Banlett im kleinen Festhallsaal, zu welchem jeder Konzertbesucher eingeladen ist, verspricht bei der Anwesenheit und Mitwirkung der Konzertbesucher und namentlich des alten „Gegänglers“ R. Stöcker, dessen Lieber zur Laute Scherf einft auf der Mettnau so gern gelauscht, einen besonders schönen Verlauf.

* Verein Volkshilfsbildung. Zu dem am Samstag in der Festhalle stattfindenden Scherf-Abend des Gesangsvereins „Concordia“ erhalten sowohl die persönlichen wie die korporativen Mitglieder Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 30 Pf. Die Karten können auf dem Bureau, Kademeiststraße, bezogen werden.

* Tanz-Abend in der Festhalle. Für den Tanz-Abend in der Festhalle am Mittwoch, 29. d. M., ist soeben das Programm veröffentlicht worden. Das Balletensemble des Mainzer Stadttheaters, aus 15 der besten Tänzerinnen bestehend, hat in Frankfurt, Wiesbaden, Mannheim und anderen Städten alle Erwartungen erfüllt. Ihm hat sich beigelegt das auf choreographischen Gebiete als hervorragend bekannte Tanzpaar Roma und Carla Salus, das eine brillante Technik entwickelt. Meister Bernhagen mit der Leigrenadiertapelle hat die Begleitung übernommen, er wird auch einige Musikstücke außerhalb des Tanzprogramms, ihm aber nahe verwandt, zum Besten geben. An die Aufführungen wird sich, vielfachen Wünschen entsprechend, eine allgemeine Tanzunterhaltung im großen Saale bis 1 Uhr nachts anschließen. Eintrittskarten für den Abend sind schon jetzt in den Vorverkaufsstellen (siehe Inserate und Plakatanschläge) zu haben.

Letzte Nachrichten.

Abschied des Statthalters.

Straßburg i. G., 22. April. Dem scheidenden Statthalterpaar wurde heute nachmittag von sämtlichen Musikkapellen der hier garnisierenden Regimenter eine Guldigung dargebracht. Die Kapellen boten unter Leitung des Obermusikmeisters Fischer vom Infanterieregiment 143 unter großem Andrang des Publikums eine Standmusik dar. Fürst und Fürstin Wedel empfingen die Generalität, die Minister, sowie die Unterstaatssekretäre a. D. Dr. Petri und Mandel und viele andere im Garten des Palais und wohnten dem Konzert bis zum Schluß bei. Als Gratulations- und Abschiedsspenden traf zu dieser Zeit eine Fülle prachtvoller Blumenpenden im Palais ein.

Eine Straßburger Meldung über Oberst v. Reuter. Straßburg, 22. April. Die „Straßburger Neue Zeitung“ berichtet aus Frankfurt a. D., daß sich Oberst von

Reuter in einem Gesundheitszustande befinde, der den Ausbruch des Typhus befürchten lasse. Hierdurch finde die außerordentliche Verbotsität des Obersten während der Ereignisse in Zabern seine Erklärung.

Der Streik am Simplontunnel.

Zürich, 22. April. Der Streik im zweiten Simplontunnel hat sich jetzt auch auf die schweizerische Seite des Tunnels bei Krieg ausgedehnt. Inzwischen haben italienische Arbeiter die italienische Seite des Tunnels besetzt. Die Arbeitsleitung will den Bau für drei Monate einstellen.

Kapitalistischer Arbeitermord mittels Lokomotive!

Paris, 22. April. Der „Petit Parisien“ gibt folgende Beschreibung aus Veitru wieder: Ein folgenschwerer Zwischenfall hat sich vor einigen Tagen in Dierabulos in Kleinasien in den großen Konstruktionslagern der Bagdader Eisenbahngesellschaft, die eine große Brücke über den Euphrat baut, ereignet. Einige Abgeordnete der dortigen Arbeiterschaft, die zum größten Teil aus Kurden besteht, wurden von dem Chefingenieur, als sie diesem ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorgang ihren Kameraden, die sofort ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorgang ihren Kameraden, die sofort ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorgang ihren Kameraden, die sofort ihre Klagen vortragen wollten, mit Peitschenhieben empfangen.

Die Marinevorlage der österreichischen Regierung.

Wien, 21. April. Anfang nächster Woche treten in Budapest die Delegationen zusammen. Das Hauptinteresse wird sich hierbei den Rüstungsforderungen der Regierung für die Marine zuwenden. Wie in politischen Kreisen verlautet, sollen durch einen einmaligen außerordentlichen Kredit von etwa 426 Millionen die Mittel zum Bau von Kriegsfahrzeugen angefordert werden. Nach sachmännischen Berechnungen dürften folgende Ertragschiffe teilweise schon in diesem Jahre auf Kiel gelegt werden: Vier Linienchiffe, vier Kreuzer, sechs Torpedobootszerstörer, acht Torpedoboots, zwei Monitore und etwa sechs Unterseeboote.

Trennung von Staat und Kirche.

London, 22. April. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales, das dem Unterhaus zum drittenmal unter der Herrschaft der Parlamentsakte vorliegt, mit 349 gegen 265 Stimmen angenommen.

Hollands Rüstungen zur See.

Amsterdam, 22. April. Die Regierung beschloß den sofortigen Bau zweier Dreadnoughts, deren Kosten sich ungefähr auf 100 Millionen Gulden belaufen werden.

Abreise Legiens von Sofia.

Sofia, 22. April. Der deutsche Gewerkschaftsführer Karl Legien hat es nicht vermocht, die beiden sozialistischen Parteien zu verböhnen und ist nach Bukarest abgereist. Die beiden sozialistischen Parteiorgane beschuldigen sich gegenseitig, die Veröhnung bereitet zu haben.

Konflikt zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.

Mexiko, 22. April. Einer offiziellen Meldung zufolge soll Guerta verschiedenen auswärtigen Regierungsvertretern erklärt haben, daß er nicht nachgeben und seine weiteren Versuche zur Lösung der gegenwärtigen Krise machen, sondern seine Zuflucht zu den Waffen nehmen werde.

Paris, 22. April. Der mexikanische Geschäftsträger in Paris de la Barra hat folgende Depesche von Guerta erhalten: „Wir sind im Augenblick im Kampf gegen die Landung der amerikanischen Kriegsmarine begriffen. Sie bedeutet ein unerhörtes Attentat gegen das Völkerecht.“

Advertisement for Mees & Löwe clothing store. Text: 'Das Beste vom Besten', 'Das Vorbild', 'Marke „DURO“', 'Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung', 'Mees & Löwe', 'Karlsruhe :: Kaiserstr. 46.'

Advertisement for Verkehrs-Verein Karlsruhe. Text: 'Aufruf.', 'Das Jahr 1915 bringt unserer Stadt einen gewaltigen Fremden-Verkehr.', 'Das Jahr 1915 verspricht für Handel und Wandel reichen Gewinn.', 'Das Jahr 1915 zwingt den unterzeichneten Verein zu grossen Ausgaben.', 'Unser Verein kann seine Aufgaben nur dann erfüllen, wenn er von allen Seiten durch Beitritt unterstützt wird.', 'Verkehrs-Verein Karlsruhe. Haupt-Geschäftsstelle: Rathaus. Zweig-Geschäftsstelle ab Juni: Verkehrsbüro im neuen Hauptbahnhof.'

Die Haltung der Rebellen.

Washington, 22. April. Die in offiziellen Kreisen berichtet wird, stehen die Generale Carranza und Villa im Begriff, mit der Regierung General Huertas gegen die Vereinigten Staaten gemeinsame Sache zu machen.

Abreise der Gesandten.

Washington, 22. April. Der mexikanische Geschäftsträger Alcala wurde von Huerta angewiesen, von Staatssekretär Bryan seine Pässe zu verlangen.

Mexiko, 22. April. Dem amerikanischen Geschäftsträger Chaquessy stellte heute die mexikanische Regierung die Pässe zu.

Die Einnahme von Veracruz.

Washington, 22. April. Der amerikanische Konsul in Veracruz meldet, daß die Amerikaner in Veracruz 3000 Mann ausgeschickt haben. Der Kampf sei jetzt wahrscheinlich beendet. Eine weitere Depesche besagt, daß die Amerikaner vollständig Herr von Veracruz sind.

Veracruz, 22. April. Als heute weitere amerikanische Marineinfanterie gelandet wurden, wurden sie von mexikanischen Scharfschützen von den Dächern der Häuser im Stadtzentrum beschossen.

Washington, 22. April. Kontradmiraal Fletcher hat an die Einwohner von Veracruz einen Erlass gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, im Interesse der Menschlichkeit mit ihm an der Wiederherstellung der Ordnung zu arbeiten.

Washington, 22. April. Das Repräsentantenhaus hat ohne Debatte der von dem Senat angenommenen abgeänderten Resolution zugestimmt, in der dem Präsidenten die Berechtigung zuerkannt wird, die bewaffnete Macht in Mexiko zu verwenden.

Der Kreuzer „Karlsruhe“ auf dem Wege nach Mexiko.

Berlin, 22. April. Die kriegerischen Entwicklungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko haben zur Erwägung geführt, zum Schutze der deutschen Reichsangehörigen in Mexiko mehr Kriegsschiffe hinüberzuschicken. Es ist daher die beschleunigte Ausreise des Kreuzers „Karlsruhe“ nach den mexikanischen Gewässern beabsichtigt.

Wasserstand des Rheins.

23. April. Schifferinsel 2,85 m, Gef. 0 cm, Neßl 2,13 m, Gef. 8 cm, Maxau 4,76 m, Gef. 4 cm, Mannheim 4,21 m, Gef. 6 cm.

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Linie“ Antwerpen.

Der Postdampfer „Laplant“ der „Red Star Linie“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 20. April wohlbehalten in New York angekommen.

Ein Gesundheitsquell

bei Blutmangel, Bleichsücht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist (z. B. nach Blutverlusten infolge Operationen, Wochenbetten etc., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Influenza, zur Hebung des Ernährungszustandes bei ausbleibender Lungentuberkulose usw.), ist der Ramscheider Stahlbrunnen. Von ihm sagte Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Diebreich: „er ist ein Heilsschlag ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.“ Und schon für manchen, der sich infolge Blutmangels oder Verschlechterung der Blutbeschaffenheit matt und elend gefühlt hat, nervös und willensschwach geworden war, wurde der Ramscheider Stahlbrunnen eine Quelle der Kraft.

Urteil eines praktischen Arztes: Nach mehrjähriger Erfahrung bin ich zu der Anschauung gekommen, daß Ramscheider Stahlbrunnen die beste Eisen-Meditation der Gegenwart ist. Er ist praktisch genommen unbegrenzt haltbar und wird von den Patienten immer gern genommen. Auch enthält er das Eisen in der für den Organismus am besten resorbierbaren Form. — Mitteilungen über Anwendungsgebiete, Außerfolge, Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen, Woppat a. Rh. SW. 388.

Extrapreise für Sandalen

Table with 5 columns: 21/26, 27/30, 31/35, 36/40, 41/46. Row 1: 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 3.75.

Schuhhaus Emil Schwarz Durlach, Hauptstrasse 69.

Bekanntmachung.

Es ist neuerdings wiederum vorgekommen, daß Hausgehirner feste Gehwegbedungen vor ihrem Anwesen haben selbst ausbessern lassen. Es wird deshalb wiederholt bekannt gegeben, daß entsprechend den Bestimmungen des Gemeindebeschlusses vom 26. August 1913 den Hausgehirnern das Recht zur Instandsetzung nicht mehr zusteht, sondern daß alle auf die Gehwegbedungen sich beziehenden Arbeiten (Unterhaltung, Erneuerung, Neuherstellung) nur noch von der Stadtgemeinde (Tiefbauamt) ausgeführt werden dürfen. 497

Lieferung von Kleinpflastersteinen.

Die Lieferung von etwa 4000 qm Kleinpflastersteinen soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vorzüge, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift, spätestens Freitag, den 1. Mai d. J., vormittags 10 Uhr bei uns einzureichen. Bedingungen und Angebotsvorzüge werden auf Verlangen kostenlos abgegeben. 496 Karlsruhe den 21. April 1914. Städt. Tiefbauamt.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Hundezwinger, Schlachthausstraße 17, befinden sich folgende herrenlose Hunde: 1. Schäferhund, männl. 2. Dobermann, männl. 3. 4. weiß. 5. Mopsbastard, männl. Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt sind, getötet bzw. versteigert. Karlsruhe, den 22. April 1914. Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion. 602

Lager sämtlicher Sorten Ober- u. Sohlenrindleder-Abfälle

per Paar von 60 S aufwärts, 600 Kinder von 40 S an sowie Kälben und Flecke bei Eugen Altmann Durlach, Pfingststraße 90. Galtshelle neue Bahnhofstraße. Durlach. Gelegenheitskauf. Guterhaltener Kandidaten-Badofen, auch 2 Brotbacken geeignet, billig zu verkaufen. Auerstr. 15, 2. St. Sieg- u. Sitwagen, gut erhalten, billig abzugeben. Durlach, Waslerstr. 41, 2. St. r.

Bollständiger Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Jetzt kaufen Sie noch sämtliche Sorten Schuhwaren zu staunend billigen Preisen, da der Laden bald geräumt sein muß. Schuhhaus „Hansi“ Karlsruhe, Ecke Kronen- und Markgrafenstraße.

Herrenkleiderstoff-Resie Gebisse. In nur ausgeübten 1a Qualitäten sind enorm billig abzugeben. Kaiserstraße 133 1. Treppe hoch. (Ecke Kaiser- und Kreuzstraße Eingang bei der kleinen Kirche). 484

Billige Preise! Herren-Anzüge . . Mk. 17.50 bis 45.— enorme Auswahl Jünglings-Anzüge . . Mk. 9.50 bis 30.— reizende Neuheiten Knaben-Anzüge . . Mk. 3.50 bis 19.50 neueste Machart Sport-Anzüge . . . Mk. 16.50 bis 39.50 Ia. Ia. Stoffe Gehrock-Anzüge . . Mk. 33.— bis 52.50 Hochzeits-Anzüge Wasserdichte Mäntel Mk. 16.— bis 28.50 sehr beliebt Pelerinen Mk. 9.75 bis 19.— wasserdicht Herren-Hosen . . . Mk. 2.50 bis 12.50 Riesen-Auswahl Loden-Joppen . . . Mk. 3.25 bis 11.— erprobte Qualitäten Sommer-Joppen . . Mk. 1.— bis 5.50 waschbar Lüster-Joppen . . . Mk. 4.25 bis 14.50 schwarz und blau Arbeits-Anzüge . . . Mk. 3.80 bis 5.— blau, Ia. Ia. Qual. Strong feste Preise! Reellste Bedienung! Hertenstein Inh.: Fr. Kuch Herrenstrasse 25. Rabatt-Marken = 5% Rabatt. 489

Donnerstag und Freitag gewähren wir in allen Abteilungen unseres Hauses Doppelte Rabattmarken ausgeschlossen Marken-Artikel und Konfitüren. SCHMOLLER.

9500 Meter Linoleum

Linoleum-Läufer		Linoleum-Läufer		Linoleum, breite Ware		Inlaid, breite Ware	
Linoleum-Läufer, bedruckt, 60 cm breit	85 ³ 68 ³	Muster durchgehend 67 cm	2.10 1.70	Linoleum, bedruckt 200 cm breit	1.25	Granit IIIa, 200 cm breit 1,8 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter	2.25 1.95
Linoleum-Läufer, bedruckt, 67 cm breit	1.10 90 ³	Muster durchgehend 90 cm	2.70 2.30	Linoleum, bedruckt 200 cm breit	1.45	Inlaid IIIa, 200 cm breit 1,8 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter	2.75 2.45
Linoleum-Läufer, bedruckt, 90 cm breit	1.35 1.20	Muster durchgehend 100 cm	2.80	Linoleum, bedruckt 250 cm breit	1.95	Inlaid IIIa, 200 cm breit 2,2 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter	3.35 3.—
Linoleum-Läufer, bedruckt, 110 cm breit	1.75 1.50	Muster durchgehend 110 cm	3.30 2.90	Linoleum, bedruckt 300 cm breit			Inlaid IIa, 200 cm breit 3,3 mm, irreg., <input type="checkbox"/> Meter
Linoleum-Läufer, bedruckt, 133 cm breit	2.10 1.85	Filzpappe	<input type="checkbox"/> Meter 25 ³				

Linoleum-Teppiche

bedruckt, schöne Muster zum Teil mit kleinen Schönheitsfehlern

150/200 cm	200/250 cm	200/300 cm	250/350 cm
5 ⁷⁵	10 ⁰⁰	13 ⁵⁰	18 ⁰⁰

Linoleum-Vorlagen

bedr. 40/40 40/65 70/90 70/115 90/130 cm

40	65	90	115	185
Stück				

Küchen-Wachstuche

Ein Posten

ca. 85 cm	ca. 100 cm	ca. 115 cm	ca. 140 cm
95 ³	1 ²⁰	1 ⁴⁵	1 ⁹⁰

Linoleum-Reste

200 cm breit, bedruckt schöne Muster, bis 8 Meter Länge	1 ¹⁵	200 cm breit, Inlaid Muster durchgehend, IIIa, 1,8 mm dick, irregulär	1 ⁷⁵	200 cm breit, Inlaid Muster durchgeh., IIa, 2,2 mm dick, irregulär	2 ³⁵	200 cm breit, Inlaid Muster durchgeh., Ia, 3,3 mm dick, irregulär	2 ⁷⁵
---	-----------------	---	-----------------	--	-----------------	---	-----------------

Bei mir gekauftes **Linoleum** wird auf Wunsch von eigenem Tapezier gelegt.

Mode- u. Aussteuer-Haus **Sandauer.**

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
Gau Baden - 3. Bezirk.
Samstag, den 25. April 1914, abends halb 9 Uhr, findet im „Darnstädter Hof“ in Durlach

kombinierte Versammlung
der Arbeiter-Gesangsvereine „Sängerbund Vorwärts“ und „Freiheit“ Durlach statt.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Bezirksleitung. 2. Stellungnahme zur Maifeier. 3. Verschiedenes.
Wir bitten um pünktliches und vollzähliges Erscheinen beider Vereine.
Die Bezirksleitung.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Messe-Wirtschaften.
Die Berechtigung zum Betrieb von zwei Wirtschaften in dem Schuppen auf dem hiesigen neuen Meszplatz, während der Früh- und Spätmessung 1914 soll unter den hiesigen Wirten versteigert werden.
Steigerungslustige sind auf Montag, den 27. April d. J., morgens halb 9 Uhr in das städtische Gebäude Karl Friedrichstr. Nr. 8, Zimmer Nr. 160, Eingang Jähringer Straße, 1 Treppe hoch (Zwischenstock) eingeladen.
Die Steigerungsbedingungen liegen im Rathaus (2. Stod, Zimmer Nr. 80) während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.
Karlsruhe, den 20. April 1914.
Die Meszinspektion.

Petroleumherd, wenig gebräucht, billig zu verkaufen. Morgenfr. 18, 4. St. r.
Feines Damen- u. Herren-Fahrrad, Freilauf, sehr billig zu verkaufen. 494
Baumeisterstr. 38, part.

Bekanntmachung.
Das Grundbuchamt bleibt wegen Reinigung der Dienst-räume am Montag, den 27. April ds. J. geschlossen. Karlsruhe, den 22. April 1914. Das Grundbuchamt.

Stadt **Arbeitsamt**
Gesucht
Herrschafis-Röckchen, Mädchen, die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen.
Städtisches Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis) Jähringerstr. 100. Tel. 949.

Zementeure
auf Kunststeine sofort gesucht.
J. Glakner,
Mühlburg, alter Bahnhof oder Rheinfr. 70. 498

10 bis 15 tüchtige Maurer
per sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.
Architekt Jos. Held
Südenstr. 24.

Durlach.
5 bis 6 tüchtige **Maurer**
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Karl Höfel, Baugeschäft.

WENN SIE
zur Reise Ihre Vorbereitungen treffen versehen Sie WYBERI-Tabellen nicht vorhalten, ferner kein Kaktus! Und Sie dann Geheime-Verfahren in allen Apotheken u. Drogerien Preis der Originalschachtel 1 Mk.

Gelegenheitskauf.
Damen-Kostüme von 12 Mk an Blusen, weiß u. farb. u. 95, an Kostümröcke von 1,85 Mk an Regenschirme staunend billig.
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Weil kein Laden, billige Preise.

E. Ohner, Tapeziergeschäft
Hauptstr. 23, Luisenstr. 35 empfiehlt sich im Tapezieren, Anfertigen und Aufarbeiten von Volkermöbeln und Betten aller Art bei billiger Berechnung.
Möbel, Herren-Konfektion, Manufakturwaren und Wäsche
liefert reelles Geschäft auf Teilzahlung.
Off. unter Nr. 341 an d. Erped.

Achtung! Radfahrer!
Ein Fahrrad emaillieren und vernickeln, mit neuen Speichen demontiert und montiert kostet in nur prima Ausführung 20 Mark. Sämtliche Ersatzteile nur bester Fabrikate zu staunend billigen Preisen bei

K. Busch Emaillier-Anstalt Durlach.
Erholungsheim
der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden
für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungstafel 2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht können auch auswärtig wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich aufgenommen werden.
Rähere Auskunft und Anmeldung bei der
Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

Wand- u. Taschenuhren
sowie in **Gold- u. Silberwaren.**
Goldene Feuringe Paar von 10 Mk. an.
Empfehle den wertigen Vereinen nur große Auswahl in passenden Artikeln, geeignet zu **Regelpreisen.**
Ebenso werden Reparaturen an Uhren und Goldwaren wie allgemein bekannt, gut und bei billigen Preisen ausgeführt.
Achtungsvoll

Carl Billian, macher.
Labengeschäfte: Ecke Karl- u. Neue Bahnhofstraße 1, Schützenstraße 55.
Fleisch-Verkauf
Samstag, den 25. April verkaufe ich Ruitstr. 20 von 7 bis 1 Uhr prima Qualität Masthühnerfleisch à Pfd. 68 Pfg.
Wilhelm Neck,
Welfereibesitzer.

Jeder Dame,
welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarreifen, Puppenperücken usw. billig an. Defekte Haararbeiten repariere billig.
Karl Misch, Friseur
Aue bei Durlach.
Druckfachen
Buchdruckerei Volkstreuend.
Kleidermacherin
nimmt noch Kund-schaft an. Gute Arbeit, mäßige Preise. Gerwigstr. 6, 4. St.
Sportwagen. Wennhaber, noch neu, billig zu verkaufen. Rintheim, Erndstr. 19, 1. St.

Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in guter Ausführung **Christ. Oertel · Karlsruhe**
Kaiserstr. 101/103 : Tel. 217 : Rabattmarken.